

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2023

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
22

LÄNDERPROFIL

Kolumbien



Platz 22 / 71 Punkte (2022: Platz 30 / 68 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2021 – 30. September 2022

Überblick

Gemeindeleiter werden bedroht, erpresst und sogar ermordet – dies ist ein Resultat der Gewalt der Guerillas oder anderer krimineller Gruppen im Kampf um territoriale Kontrolle, besonders in den am meisten vernachlässigten Regionen des Landes. In den meisten Fällen ist diese Gewalt die unmittelbare Folge davon, dass Christen Korruption und Gewalt anprangern, sich für Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen, mit Jugendlichen arbeiten, sich im Friedensprozess engagieren, sich in ihren Predigten gegen die Kriminalität aussprechen oder anderweitig die De-facto-Autorität lokaler krimineller Gruppen herausfordern und so deren kriminelle Aktivitäten gefährden. In indigenen Gemeinschaften gibt es signifikanten Widerstand gegen christliche Missionare und Christen mit indigener Herkunft. Diese müssen in Folge mit Haft, körperlichem Missbrauch und Verweigerung von Grundrechten rechnen. Die Christen in diesen indigenen Gemeinschaften,

die sich nicht an die traditionellen religiösen Riten und Gebräuche halten, sind ebenfalls mit Inhaftierung, körperlichen Misshandlungen und Verweigerung grundlegender Rechte konfrontiert, außerdem mit Schließung ihrer Ortskirchen sowie mit Drohungen und Schikanen.

Die Zunahme eines extremistischen Säkularismus führt zu einer wachsenden Intoleranz gegenüber christlichen Standpunkten im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen, die den Lebensschutz, die Familie, Ehe und Religionsfreiheit betreffen. Erheben Christen öffentlich ihre Stimme, kann es vorkommen, dass ihnen vorgeworfen wird, andere zu diskriminieren und Hass zu verbreiten. Aus diesem Grund entscheiden sich einige von ihnen für eine Selbstzensur, um nicht zur Zielscheibe dieser Anschuldigungen zu werden.

ECKDATEN

STAATSOBERHAUPT

Präsident Gustavo Francisco Petro Urrego

BEVÖLKERUNG

51.513.000

CHRISTEN

49.002.000 / 95,1 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidialrepublik



Hintergrund

Kolumbien hat schon jahrzehntelang mit einem korrupten und schwachen Rechtsapparat zu kämpfen. Dadurch konnte sich in weiten Teilen des Landes ein florierendes kriminelles Netzwerk entwickeln, das sich hauptsächlich aus dem illegalen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel finanziert. Dem Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2020 zufolge wurden die Regierungskräfte von Menschenrechtsorganisationen und anderen beschuldigt, mit kriminellen Banden zusammenzuarbeiten oder deren Aktivitäten zu tolerieren. Ferner wurde festgestellt, dass das Justizsystem überlastet und ineffizient ist und dass die Korruption und Einschüchterung von Richtern, Staatsanwälten und Zeugen die Arbeit der Justiz behindern.

Gegen Ende des Jahres 2019 fanden landesweite Demonstrationen statt, die von Studenten, indigenen Autoritätspersonen und Gewerkschaften angeführt wurden. Die Proteste konzentrieren sich auf politische, soziale, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen. Während der Demonstrationen, die auch im Jahr 2020 andauerten, schlossen sich auch illegale Gruppen wie die »Nationale Befreiungsarmee« (ELN) den Demonstranten an.

Im April 2021 wurden die Demonstrationen wieder aufgenommen, zunächst als Reaktion auf die Ablehnung eines Steuerreformvorschlags und dann als Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen die Demonstranten. Es kam zwar zu einem Dialog zwischen der Regierung und dem »Nationalen Streikkomitee Kolumbiens« (CNP), das sich hauptsächlich aus Gewerkschaften zusammensetzt, die Gespräche wurden jedoch vom CNP abgebrochen, da keine konkreten Vereinbarungen erzielt werden konnten.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl (Legislaturperiode 2022–2026) fand im Mai 2022 statt. Die absolute Mehrheit wurden von allen Kandidaten verfehlt, sodass am 19. Juni 2022 ein zweiter Wahlgang durchgeführt wurde. Der Gewinner war Gustavo Francisco Petro Urrego vom sogenannten »Historischen Pakt«, einer Koalition aus linken Parteien.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	49.002.000	95,1
Anhänger ethnischer Religionen	320.000	0,6
Atheisten	141.000	0,3
Agnostiker	1.388.000	2,7

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Durch das organisierte Verbrechen und Korruption sowie durch illegale bewaffnete Gruppen erfahren Christen ein hohes Maß an Druck und Gewalt. Dies geschieht in folgenden Departementos: Antioquia, Arauca, Caquetá, Casanare, Cauca, Chocó, Córdoba, Guaviare, Meta, Nariño, Norte de Santander, Putumayo und Valle del Cauca.

Indigene Gemeinschaften haben viele religiöse Bräuche, und es herrscht wenig Akzeptanz gegenüber anderen Glaubensvorstellungen. So werden diejenigen verfolgt, die die religiösen Praktiken des Stammes aufgeben. In Kolumbien gibt es 115 indigene Gruppen. Diese leben in allen 32 Departementos des Landes.



Säkulare Intoleranz als Triebkraft der Verfolgung ist von den politischen Beschlüssen der nationalen Regierung abhängig sowie von solchen Ansichten der Gesellschaft, die vor allem durch intolerante Gruppen mit antireligiösen oder antichristlichen Ideologien gefördert werden. Sie ist überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Departementos wie Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Dissidenten der »Revolutionären Streitkräften Kolumbiens« (FARC), Mitglieder der ELN und andere Guerillagruppen kämpfen um die Kontrolle ganzer Regionen und darum, dort ihre illegalen Aktivitäten fortsetzen zu können. Dies hat dazu geführt, dass sowohl Gemeindeleiter als auch christliche Gruppen zum Opfer von systematischer Überwachung, Entführung, Bedrohung, Erpressung, Zwangsumsiedlung und Tötung sowie von Angriffen auf Gebäude von Christen geworden sind. Derartige Maßnahmen richten sich besonders gegen Personen, die sich gegen die Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen wenden, Menschenrechte einfordern, zu Kämpfern predigen, Gebetstage in besonders gewalttätigen Regionen durchführen und Jugendliche davon abhalten, diesen Gruppen beizutreten. Gemeindeleiter und andere Christen werden bedroht, wenn sie nicht bereit sind, nationale Streiks zu unterstützen; sie werden von kriminellen Gruppen mit politischen Interessen zur Teilnahme an solchen Streiks gezwungen. Kriminelle Gruppen rächen sich auch an früheren Mitgliedern, die aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben das kriminelle Leben hinter sich gelassen haben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Religion ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur und Identität indigener Gemeinschaften. Die Einführung von Ideen, die diesen alten Überzeugungen zuwiderlaufen, wird als Bedrohung angesehen. Zu den Strafen, die die örtlichen indigenen Behörden und Stammesführer gegen indigene christliche Konvertiten verhängen, zählen Gefängnisstrafen, Geldstrafen, physische und psychische Misshandlungen, die Verweigerung des Zugangs zu grundlegenden Ressourcen, die Beschlagnahmung von Eigentum und Zwangsarbeit.

Säkulare Intoleranz

Der religiöse Bereich gilt als wichtiges Instrument für die Umsetzung des FARC-Friedensabkommens sowie für die soziale und humanitäre Hilfe während der Covid-19-Krise im Land. Nichtsdestotrotz sehen sich Christen in zunehmendem Maße verbalen Angriffen, sozialen Anfeindungen und Diskriminierung aufgrund von Intoleranz gegenüber christlichen Überzeugungen und Praktiken ausgesetzt. Eine strenge Auslegung des staatlichen Säkularismus bringt die Religionsfreiheit und das Recht auf Gewissensfreiheit häufig in Konflikt mit dem Recht auf Nichtdiskriminierung – weil praktisch jede auf Glaubensüberzeugungen fußende Meinungsäußerung als ein Verstoß gegen das Recht verstanden werden kann, nicht diskriminiert zu werden. Die Gesellschaft und öffentliche Institutionen lehnen es ab, dass christliche Berufstätige das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen geltend machen. Es gibt außerdem das Bestreben, alle Beamten, die offen für ihren Glauben oder ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche eintreten, aus ihren Ämtern zu entfernen. Die Teilhabe der Christen im politischen Bereich hat infolgedessen abgenommen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte traditionelle Kirche ist die Römisch-Katholische Kirche. In Gebieten, die von Drogenkartellen und Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden, sind traditionelle Kirchen von Anschlägen bedroht. In indigenen Gemeinschaften sind diese Kirchen – sofern sie nicht katholisch sind – mit Ablehnung und Repressalien konfrontiert, weil sie einen anderen Glauben vertreten. Außerdem kämpfen traditionelle Kirchen mit der zunehmenden religiösen Intoleranz in der Gesellschaft und deren Ablehnung öffentlicher Glaubensbekundungen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Gruppe gehören Konvertiten, die sich von einer christlichen Denomination ab- und einer anderen zuwenden, Christen indigener Herkunft oder Christen, die früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehört haben. Vor allem in der indigenen Bevölkerung sind christliche Konvertiten Opfer von Schikanen, Ausweisung, Todesdrohungen und anderen Formen physischer und psychischer Gewalt, weil sie das Glaubenssystem der Mehrheit verlassen haben.



Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu gehören hauptsächlich Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden. Sie erfahren Druck und Gewalt von Gruppen des organisierten Verbrechens. Obwohl die Regierung ihre wichtige Rolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens und bei der humanitären Hilfe in vernachlässigten Gebieten anerkennt, erhalten diese christlichen Gemeinden nicht die gleichen staatlichen Leistungen,

die den traditionellen Kirchen gewährt werden. Darüber hinaus sehen sich diese Christen mit heftigem Widerstand extremistisch- feministischer und säkularistischer Gruppen konfrontiert, wenn sie versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Sie können nicht frei in indigenen Gemeinschaften arbeiten, und sie sind Risiken ausgesetzt, wenn sie es doch tun.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen sind bei der privaten Ausübung ihres Glaubens in unterschiedlichem Maße Gefahren wie Ablehnung, Belästigung, Drohungen, Einschränkungen und Vertreibung ausgesetzt. Sie werden unter Umständen von ideologischen Interessengruppen angefeindet, wenn sie ihre auf dem Glauben basierenden Ansichten verteidigen. Zudem sind Christen Verfolgung ausgesetzt, wenn sie sich in indigenen Gemeinschaften oder in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, mit anderen Christen treffen.

Familienleben

In Gebieten, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, stehen Kinder christlicher Eltern in der Gefahr, von der ELN, FARC-Guerillas oder anderen illegalen Gruppen indoktriniert oder rekrutiert zu werden. Widerstand führt in der Regel zu Gewalt oder zum Ausschluss aus der Gemeinschaft. In indigenen Gemeinschaften zielt die Schulbildung darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu

erhalten – auf Kosten der Christen, die als Außenseiter betrachtet werden. Sowohl in indigenen Schulen als auch in staatlichen Schulen wird das Recht der Eltern, ihre Kinder nach ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen, häufig durch den Pflichtunterricht verletzt, der genau diesen Überzeugungen zuwiderläuft. Die Schikane von Christen in indigenen Gemeinschaften kann so weit gehen, dass Kinder von ihren christlichen Eltern getrennt werden.

Gesellschaftliches Leben

Wenn Christen in indigenen Gemeinschaften sich nicht an den religiösen Praktiken beteiligen, die mit dem Glauben der Vorfahren oder den traditionellen ethnischen Überzeugungen zusammenhängen, werden sie von den indigenen Behörden mit Abgaben belegt (in der Regel in Form von Geld oder Ernteerzeugnissen). Außerdem werden Christen vom Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie sauberem Wasser und medizinischer Versorgung ausgeschlossen; oder sie werden ganz aus der Gemeinschaft und ihren Familien verbannt. Kinder von Christen stehen in der Gefahr,



als Strafe für die Abkehr von den Stammesbräuchen mit einer sehr viel älteren Person zwangsverheiratet zu werden. Kriminelle Gruppen verlangen oft Schutzgeld von Gemeindefleitern als Gegenleistung dafür, dass sie keine Gewalt gegen sie ausüben. Gelegentlich beinhalten die »Gebühren«, die die kriminellen Gruppen verlangen, auch die Rekrutierung der Kinder von Pastoren. Diese Gruppen sind auch dafür bekannt, dass sie dringend benötigte staatliche und humanitäre Hilfe abfangen, um Christen zu zwingen, ihre Herrschaft zu akzeptieren.

Leben im Staat

In indigenen Gemeinschaften bleiben Übergriffe gegen Christen oft ungestraft. Dies ist der Fall, weil die indigenen Bräuche verfassungsrechtlich geschützt sind; außerdem sind die Stammesführer (häufig gleichzeitig die religiösen Autoritätspersonen im Stamm) sowohl Anstifter von Gewalt gegen Christen als auch diejenigen, denen die Rechtsprechung in ihrem Stamm unterstellt ist. Da die indigenen Gemeinschaften weitgehend Anspruch auf ihre eigene Gerichtsbarkeit haben, können Stammesführer mit großer Autonomie gegen Christen vorgehen, und betroffene Christen können sich nicht an staatliche Gerichte wenden. In vielen Gebieten haben kriminelle Gruppen de facto die Macht inne. Dort können Christen ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung, nicht in vollem Umfang wahrnehmen; sie sind diesen illegalen Gruppen ausgeliefert, die häufig straffrei handeln. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft sich zunehmend intolerant gegenüber öffentlichen Äußerungen des christlichen Glaubens verhält.

Kirchliches Leben

Kirchen sind häufig Ziel von Bedrohungen durch kriminelle Gruppen, indigene Anführer und ideologische Interessengruppen. Christliche Leiter und ihre Familien werden in indigenen

Gemeinschaften besonders schikaniert, und alle christlichen Aktivitäten sind verboten. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind ebenfalls gerade christliche Leiter und ihre Familien die häufigsten Opfer von Gewalt, Überwachung und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Dies gilt insbesondere, wenn sie sich für Menschenrechte, Umweltschutz, die Umsetzung des Friedensabkommens oder die Eindämmung des Kokaanbaus einsetzen oder unter Jugendlichen arbeiten. Die Kinder von Pastoren sind in besonderem Maße Ziel von Menschenhandel, Zwangsrekrutierung oder Vergewaltigung. So sollen Pastoren von der Fortsetzung ihres Dienstes abgehalten werden. Teile der Gesellschaft betrachten zunehmend kritisch die christliche Lehre in Bezug auf den Schutz von Ehe und Familie sowie die Art und Weise, wie sich die Kirchen in der Öffentlichkeit engagieren.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Nachdem Bischof Rubén Darío Jaramillo im Februar 2022 in Buenaventura die Aktivitäten der bewaffneten Gruppen in seiner Region angeprangert hatte, erhielt er eigenen Berichten zufolge mehrere Morddrohungen und ihm wurde verboten, einige Orte im Hafenviertel von Buenaventura zu betreten.
- Eine Gruppe verummter Männer drang im März 2022 während eines Sonntagsgottesdienstes in die Primadalkathedrale in Bogotá ein und schrie Parolen.
- Im Juni 2022 wurden internen Berichten zufolge fünf indigene Christen von den indigenen Behörden in Cauca mit Peitschen geschlagen und mehrere Stunden lang in Gefängniszellen festgehalten. Ihnen wurde zur Last gelegt, in der Schule christliche Lehrinhalte zu verbreiten, die dem traditionellen und von der indigenen

Gemeinschaft genehmigten Lehrplan widersprechen. Sie wurden gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sie erklärten, dass sie das von der Gemeinschaft auferlegte Bildungsmodell akzeptieren.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2023	22	71
2022	30	68
2021	30	67
2020	41	62
2019	47	58

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Weltverfolgungsindex 2023 ist die Gesamtpunktzahl Kolumbiens um drei Punkte gestiegen. Dies ist in erster Linie auf die hohe Zahl gewalttätiger Vorfälle gegen Christen – insbesondere von Morden – während des Berichtszeitraums zurückzuführen. Auch der Druck hat im Durchschnitt zugenommen. Grund dafür ist vor allem die aktive Präsenz krimineller Gruppen in vielen Gegenden des Landes, die die christlichen Aktivitäten (auf individueller und gemeinschaftlicher Ebene) behindern. In der kolumbianischen Gesellschaft hat im Allgemeinen die Intoleranz gegenüber christlichen Ansichten in der öffentlichen Debatte deutlich zugenommen. Indigene Christen sehen sich innerhalb ihrer Herkunftsgemeinschaften weiterhin großen Hindernissen gegenüber.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In Kolumbien kommt es im Rahmen des bestehenden Konfliktes nach wie vor zu sexueller Gewalt durch bewaffnete Gruppen. Dabei sind ethnische Gruppen mit indigenem und afrokolumbianischem Hintergrund besonders gefährdet. Indigene Christinnen, die sich weigern, an den Riten und Bräuchen ihrer indigenen Gemeinschaft teilzunehmen, werden unter Umständen zur Heirat gezwungen, von ihren Ehemännern verlassen, von ihren Kindern getrennt und von ihrer Gemeinschaft geächtet. Dadurch sind sie Vertreibung sowie der Gefahr von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung ausgesetzt. In Gebieten, die von Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden, laufen Mädchen Gefahr, vergewaltigt und sexuell belästigt zu werden. Christliche Mädchen, die ins Visier genommen werden, weil sie als rein und gehorsam gelten, können ihren Eltern unter Morddrohungen »abgekauft« werden.

Männer: Christliche Männer sind einem hohen Maß an Drohungen und Gewalt ausgesetzt, insbesondere in Regionen, die von Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden. Als Haushaltsvorstände müssen sie mit Erpressung und Tod rechnen. Für christliche Männer und Jungen stellen illegale bewaffnete Gruppen eine der größten Bedrohungen dar. Sie werden von ihnen entführt, zwangsrekrutiert und gewaltsam angegriffen; sie werden indoktriniert und zur Teilnahme an den Aktivitäten dieser Gruppen gezwungen. Gemeindeleiter sind aufgrund ihrer Tätigkeit besonders gefährdet, vor allem wenn sie sich gegen kriminelle Gruppen aussprechen. In einigen indigenen Gemeinschaften sind christliche Konvertiten extremem Druck ausgesetzt; dazu gehören Schläge, Schikanen, Drohungen und Zwangsarbeit.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht des US-Außenministeriums über die internationale Religionsfreiheit 2021 meldete die jüdische Gemeinde antisemitische Äußerungen auf einigen sozialen Medien, nachdem sich der »Verband der jüdischen Gemeinden Kolumbiens« im Mai 2021 mit einem Präsidentschaftskandidaten getroffen hatte.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kolumbien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kolumbien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von Milizen angegriffen, wenn sie ihren Glauben zum Ausdruck bringen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)



Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

- 1. DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
- 2. INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · **I** www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit